

Sozialausgaben Österreichs

Hans Steiner

Österreich zählte mit einer Sozialquote von 28,3% im Jahr 2008 zu den gut entwickelten Wohlfahrtsstaaten und liegt damit knapp über dem EU-Durchschnitt. Im Jahr 2009 gab es einen starken Anstieg auf 30,8 % des BIP. Grund dafür war nicht die zunehmende Überalterung der Bevölkerung, sondern der krisenbedingte Rückgang des BIP und die höheren Aufwendungen für die gestiegene Arbeitslosigkeit. Dies verdeutlicht, dass die langfristige Finanzierung des Sozialstaates nicht vorrangig von der demographischen Entwicklung alleine abhängt, sondern auch von anderen Faktoren.

Die Alterung der Gesellschaft ist ein kontinuierlicher Prozess, Prognosen gehen langfristig (bis 2030) von jährlichen Zusatzkosten von ca. 1 Mrd. EUR aus. Bei einer durchschnittlichen Wachstumsrate zwischen 1,5% und 2% in dieser Zeit, würde ein Viertel bis ein Fünftel des zu erwartenden jährlichen BIP-Wachstums ausreichen, um die alterungsbedingten Mehrkosten in den Sozialsystemen auszugleichen.

Private Pension- und Gesundheitsfonds sind einflussreiche Player auf den Finanzmärkten und sind mit ihren riskanten Veranlagungen mitverantwortlich für die Krise der Realwirtschaft. Der krisenbedingte Anstieg der Sozialquote von 28,3% auf 30,8% des BIP in nur einem Jahr ist höher als der zu erwartende Anstieg der Sozialquote infolge der demografischen Zusatzkosten innerhalb der nächsten 20 Jahre. Das zeigt, dass die langfristige Finanzierung des Sozialstaates weniger durch die demographische Alterung gefährdet wird, als durch einen unkontrollierten Finanzsektor und die Folgen auf die Realwirtschaft.